

„Die Ängste mit Fakten nehmen“

Verkehrsministerin Tanja Gönner will mit den Gegnern über die weitere

Ausgestaltung des Bahnprojekts Stuttgart 21 reden

Der harte Polizeieinsatz am Donnerstag gegen Stuttgart-21-Gegner hat die Fronten im Kampf um das Bahnprojekt nochmals verhärtet. Wir sprachen mit Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner.

SWP 5.10. + BZ
BETTINA WIESELMANN 5.10.

Verstehen Sie nach den Bildern vom Donnerstag, wenn an der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes gezweifelt wird?

TANJA GÖNNER: Ich habe Verständnis, dass die Bilder alle bewegt haben, wir hätten uns auch gewünscht, dass es diese Bilder nicht gibt. Allerdings finde ich es auch nicht verhältnismäßig, wenn zum Einrichten einer Baustelle solch ein Polizeiaufgebot anrücken muss.

Bilder von wirklich gewalttätigen Demonstranten hat die Polizei jedenfalls bisher der Öffentlichkeit nicht vorgelegt.

GÖNNER: Ich gehe davon aus, dass die Polizei den Einsatz aufarbeitet und in der Lage sein wird, ein Gesamtbild der Lage vorzulegen. Das halte ich für wichtig, um etwaiger Kritik mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit begegnen zu können. Man muss dabei dem von den Gegnern erweckten Eindruck entgegenreten, dass angeblich jedes Mittel recht wäre, dieses Projekt durchzusetzen.

Wenn jetzt die Aussage dieser unabhängigen Bundesprüfbehörde angezweifelt wird, ist das schon denkwürdig. Man muss jetzt auch aufpassen, dass man das Ganze nicht überzieht, indem ständig neue Einwände gemacht werden. Im übrigen war es der BUND, der mit seiner Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Verwaltungsgerichtshof gescheitert ist.

Was wissen Sie über angebliche Bahnakten, wonach die nötigen Tunnel aus Platzgründen allesamt ohne Oberleitungen und ohne Signalgebung geplant sind?

GÖNNER: Oberleitungen und Signale sind natürlich in den Planungen der Bahn enthalten. Ich kann mich nur auf die nachvollziehbaren Aussagen der Bahn beziehen. Danach wird in einem ersten Schritt der Bau der Tunnel und in einem zweiten die Ausrüstung ausgeschrieben. Bei einer Bauzeit von zehn Jahren ist es richtig, bei der Ausrüstung, die erst in einigen Jahren eingebaut werden wird, auf dem Stand der Technik zu sein.

Kein Schildbürgerstreich also, Züge ohne Oberleitung?

GÖNNER: Undenkbar.

Unstrittig bekennen sich auch viele bisherige CDU- und FDP-Wähler zu den Gegnern. Wie wollen Sie den Protest noch in Bahnen lenken, die einen Machtwechsel bei den Landtagswahlen im März verhindern?

Was sagt denn die gelernte Juristin zur vielkritisierten Aussage von Bahnchef Grube, der den Gegnern ein Recht auf Widerstand gegen einen Bahnhofsneubau abspricht?

GÖNNER: Da lohnt, wie so oft, ein Blick ins Grundgesetz, Artikel 20. Dort ist nicht nur das Rechtsstaatsprinzip verankert, das unter anderem das von Grube gar nicht bestrittene Grundrecht auf Demonstrationen garantiert. Ganz klar aber wird auch gesagt, dass es ein Recht auf Widerstand allenfalls dann gibt, wenn es um die Rettung der Demokratie geht, die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates verteidigt werden muss.

Soweit sind wir noch nicht.

GÖNNER: Natürlich nicht. Es ist aber gelinde gesagt bedenklich, wenn Projekt-Gegner behaupten, es ginge ihnen um die Rettung der Demokratie. Gleichzeitig werden demokratisch gefällte Entscheidungen in Zweifel gezogen, indem man denjenigen, die die Entscheidungen getroffen haben, abspricht, die Fakten gekannt zu haben.

Geht es überhaupt noch allein um Stuttgart 21?

GÖNNER: Es verfestigt sich bei mir der Eindruck, dass es auch um die Systemfrage, um die repräsentative Demokratie geht.

Auch der Naturschutz fällt in Ihr Ressort. Gegner wollen jetzt klagen, weil angeblich den Belangen des gefähr-

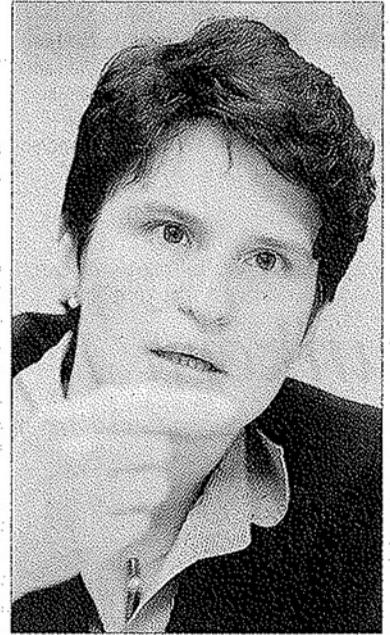
GÖNNER: Wir wollen weiterhin mit Sachargumenten werben, darstellen, was dieses Projekt für das ganze Land bringt. Wir wollen dabei auch die Menschen mitnehmen, indem wir in einen verstärkten Dialog eintreten. Wir werden außerdem bis zur Wahl deutlich machen, dass es nicht nur Stuttgart 21 als Thema gibt, sondern weitere Projekte. Im übrigen bekomme ich auch von SPD- und Grünen-Wählern Zuschriften, die mich auffordern, in der Sache zu stehen, weil Stuttgart 21 ein wichtiges Zukunftsprojekt ist.

Rationale Argumente tun sich schwer, wenn sie auf irrationale Ängste treffen.

GÖNNER: Wir wollen über diese Ängste sprechen und die Ängste mit Fakten zum Beispiel beim Thema Geologie und Mineralquellen nehmen.

Warum kommen Sie den Gegnern nicht mit einem vorläufigen Baustopp entgegen?

GÖNNER: Wir wollen einen Dialog ohne Vorbedingungen. Die Bahn hat ein Baurecht. Wir greifen nicht in eine Rechtsposition, wo doch klar ist, dass wir zu diesem Projekt stehen. Im Kern geht es um die Frage, will man das Projekt oder nicht. Es gibt hier keine Grauschattierung. Entweder man ist für das Projekt und wir unterhalten uns über die Ausgestaltung und versuchen Ängste zu nehmen und wir



Ministerin Gönner: Blick ins Grundgesetz ratsam. Foto: dpa

deten, im Schlosspark heimischen Juchtenkäfers und jenen der Fledermäuse bei der Baumfällaktion nicht Genüge getan wurde. Stimmt das?

GÖNNER: Dafür haben wir keine Anhaltspunkte. Nach unseren Erkenntnissen hat die Deutsche Bahn am Donnerstagabend gegenüber dem Eisenbahnbundesamt die vorgesehene ökologische Überwachung der Arbeiten erörtert. Das EBA sah daraufhin keinen Anlass, die Fällarbeiten zu untersagen.

kommen so in eine sachliche Debatte, oder man ist gegen das Projekt.

Ministerpräsident Mappus stellt jetzt plötzlich Optimierungen, Veränderungen, Verbesserungen bei der Umsetzung des Projekts in Aussicht. Weiß die Verkehrsministerin, woran gedacht ist?

GÖNNER: Wir hatten zum Beispiel schon im Juli eine Debatte, in der wir darauf hingewiesen haben, dass wir ein zweites Gleis am Flughafen erwägen. Das zeigt auch unsere Offenheit. Interessant war dann aber, dass aus diesem Angebot der Optimierung von den Gegnern sofort wieder der Schluss gezogen wurde, das sei nur der Beweis, das Projekt funktioniere sowieso nicht.

Wie sieht Ihre Prognose aus, bleibt es bei der konfrontativen Situation?

GÖNNER: Wenn es nach uns geht nicht. Allerdings habe ich auch gehört, dass ein Sprecher der Projektgegner am Freitag gesagt hat, es gehe nicht mehr um S 21, sondern um die Landtagswahl.

Also die Landtagswahl doch als „Volksentscheid“?

GÖNNER: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Baden-Württemberger wissen, dass eine Wahl nicht nur die Abstimmung über ein Projekt ist, sondern auch über andere Konzepte sowie die Frage, können Infrastrukturprojekte überhaupt noch umgesetzt werden.